Strafanzeige

Vorwürfe gegen Kai Diekmann

Kai Diekmann, Noch-Herausgeber der Bild-Gruppe, muss sich gegen den Vorwurf des sexuellen Übergriffs wehren. Nach Informationen des SPIEGEL wirft ihm eine Mitarbeiterin des Unternehmens vor, sie nach einer Klausurtagung in Potsdam im Sommer beim Baden belästigt zu haben. Die dortige Staatsanwaltschaft bestätigte eine Strafanzeige und Ermittlungen in dieser Sache. Bei Springer hieß es, man kenne den Vorwurf, die Mitarbeiterin habe sich unmittelbar nach dem angeblichen Übergriff an das Unternehmen gewandt. Daraufhin habe man den Fall mithilfe externer Rechtsexperten eingehend untersucht, habe aber mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kein strafbares Verhalten feststellen können. Um den Vorwurf aber rechtsverbindlich klären zu lassen, habe man die Erkenntnisse mit dem Einverständnis Diekmanns an die Staatsanwaltschaft gegeben. Die Anzeige der Mitarbeiterin sei unmittelbar danach erfolgt. Diekmann bestreitet den Vorwurf.

Ende 2016 hatte der langjährige „Bild“-Chefredakteur bekannt gegeben, den Springer-Konzern zu Ende Januar zu verlassen. Mit den jetzt bekannt gewordenen Vorwürfen habe das Ausscheiden aber nichts zu tun, die Entscheidung dazu sei vor über einem Jahr gefallen, heißt es aus dem Unternehmen. Die Vorwürfe hätten den geplanten Abschied allenfalls beschleunigt. red

DANIEL BISKUP / LAIF

Diekmann

Parteien

Millionen für AfD-nahe Stiftungen?

Nach juristischen und politischen Streitereien hat die AfD im dritten Anlauf ihre „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ auf den Weg gebracht. Für die parteinahe Stiftung, die politische Schulungen und eine Begabtenförderung anbieten soll, erhofft die AfD sich je nach Wahlerfolg staatliche Zuschüsse von bis zu 80 Millionen Euro im Jahr. Insgesamt beträgt der Fördertopf für politische Stiftungen auf Bundesebene knapp 500 Millionen Euro. Konflikte um Personalien überschatteten die Sitzung zur Neugründung am 10. Dezember 2016 in Frankfurt am Main. Alter und neuer Stiftungsvorsitzender ist AfD-Gründungsvorstand Konrad Adam. Die Partei will zudem Landesstiftungen gründen. In Alexander Gaulands Verband ist dies mit der „Erasmus-Stiftung Brandenburg“ schon geschehen. Das Vermögen der Stiftung solle im Falle der Auflösung an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft fallen. In Brandenburg spekuliert die AfD auf staatliche Mittel von mehr als 85 000 Euro im Jahr. Für 2016 habe man aber nur etwa 34 000 Euro erhalten. Weitere Landesstiftungen sind nach AfD-Angaben in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen geplant. ama, sve

„Islamischer Staat“

Bei Facebook rekrutiert

Der „Islamische Staat“ wirbt geflüchtete Syrer offenbar systematisch über soziale Netzwerke für Anschläge an. Darauf deuten die Aussagen eines an Silvester in Saarbrücken festgenommenen Terrorverdächtigen hin. Hasan A., ein Flüchtling, der seit zwei Jahren in Deutschland lebt, sagte in seiner Vernehmung, ein IS-Anwerber habe ihn über Facebook angesprochen. Als er Interesse äußerte, seien ihm weitere IS-Kontakte vermittelt worden. Ein wohl dem IS zugehöriger Rekrutierer aus Rakka forderte über den Messenger-Dienst Telegram einen Identitätsnachweis von dem Syrer. Laut Haftbefehl schickte dieser daraufhin im Dezember Fotos seiner AOK-Krankenkassenkarte und seiner Registrierung als Asylbewerber.

Den Ermittlungen zufolge bat Hasan A. seinen Chatpartner um 180 000 Euro zur Finanzierung der Anschläge. Dabei sollten mit Sprengstoff präparierte und als Streifenwagen umlackierte Fahrzeuge in fünf Städten eingesetzt werden. Noch bevor er eine Antwort erhielt, wurde der Syrer in einer Saarbrücker Wohnung festgenommen. Der entscheidende Hinweis kam laut Haftbefehl von einem Informanten, der kurz vor Silvester an das Bundeskriminalamt herangetreten war. Er stellte der Behörde Chats des 38-Jährigen zur Verfügung.

SPIEGEL TV

Festgenommener Hasan A.

In seiner Vernehmung bestritt Hasan A. den Anschlagsplan. Sein Rechtsanwalt Marius Müller sagte, sein Mandant habe die Absicht lediglich vorgetäuscht, um an Geld zu gelangen und damit unter anderem seinen kranken Vater in Damaskus zu unterstützen. Die Behörden haben erhebliche Zweifel an dieser Darstellung. In der Wohnung fanden sie eine Preisliste für Autos, die Fahnder als Indiz für eine tatsächliche Anschlagsvorbereitung werten. jdl, rol

Mehr zu dem Thema am Sonntag, 8. Januar, 22.05 Uhr im SPIEGEL TV Magazin auf RTL.